

Wie geht es weiter mit der japanischen Atomenergiepolitik?

Mehr als zwei Jahre nach der Dreifachkatastrophe in Fukushima lässt die japanische Regierung noch immer keine energiepolitische Strategie erkennen. Derzeit stehen wieder alle Atomreaktoren still, wodurch Japan fast vollständig auf Energieimporte angewiesen ist. Zudem befindet sich die Zustimmung für die Atomkraft in der Bevölkerung auf dem Tiefstand. Wie geht es weiter?

Bis zum Unglück im März 2011 war die Rolle der Atomkraft in Japan relativ unumstritten. Der Inselstaat stillte bis dahin seinen Energiebedarf zu knapp einem Drittel aus der Kernenergie – einer der höchsten Werte unter den OECD-Staaten. Noch 2010 plante die Regierung, den Anteil der Atomkraft an der Elektrizitätserzeugung auf 50 Prozent zu erhöhen. Seitdem stehen nicht nur die Reaktoren, sondern auch die japanische Atomenergiepolitik auf dem Prüfstand.

Nachdem der damalige Premierminister Kan von der Demokratischen Partei Japans (DPJ) beim Krisenmanagement nach der Katastrophe zunächst eine unglückliche Figur machte, zeigte er in der Atomkraftpolitik eine gewisse Durchsetzungsfähigkeit: Kan veranlasste die Abschaltung des Atomkraftwerks Hamaoka, das in der Nähe von Tokio steht, im Mai 2011 und machte sich mit dieser Entscheidung gegen den Widerstand von Wirtschaft und Bürokratie Feinde in der Atomwirtschaft und ihrer traditionell einflussreichen Lobby. Der Premier erklärte die „Rückkehr der japanischen Atomenergiepolitik aufs Reißbrett“ und gab als Ziel den Ausstieg aus der japanischen „Abhängigkeit von der Atomkraft“ an. Einige Beobachter vermuten, dass die offensive Haltung Kans einer der entscheidenden Gründe war, dass er später aus dem Amt gedrängt wurde. Sein Nachfolger Noda, ebenfalls von der DPJ, ist auf eine weniger klare Linie in der Atomkraft umgeschwenkt: Er strebte zunächst eine langsame Reduktion der Atomkraft auf 20 Prozent der Energieversorgung an. Nachdem sich bei öffentlichen Abstimmungen jedoch eine Mehrheit der Teilnehmer für einen Ausstieg aus der Atomkraft aussprach und die Wiederinbetriebnahme des ersten Reaktors nach Fukushima zu

massiven Demonstrationen führte, sah sich Noda gezwungen, den Atomausstieg als Ziel in einem Gesetz festzuschreiben. Allerdings konnte Noda diese Linie nicht aufrechterhalten und ließ – auf Druck der Unternehmerverbände – den Entwurf in letzter Minute zu einer schwammigen Absichtserklärung umformulieren.

Nach den Wahlniederlagen der DPJ im Dezember 2012 und Juli 2013 erlangte die LDP unter Shinzō Abe eine sichere Mehrheit im Unterhaus sowie einer Mehrheitskoalition im Oberhaus. Die LDP fördert seit 1954 die Atomkraft und unterhält enge Verbindungen zu den japanischen Stromkonzernen. Diese häufen, seitdem die Atomkraftwerke stillstehen, Verluste an. Sie müssen vermehrt Flüssiggas, Öl und Kohle importieren, welche sich durch die geldpolitische Strategie des neu gewählten Premiers Abe – den Abenomics – und der damit einhergehenden Schwächung des Yens drastisch verteuerten. Die Energieimporte drückten die japanische Handelsbilanz infolgedessen ins Minus – zum ersten Mal seit 30 Jahren. Was hindert den Regierungschef also daran, ein Festhalten an der Atomkraft zu verkünden und mit der Inbetriebnahme der Atomkraftwerke fortzufahren?

Der Ausstieg vom Ausstieg – auf Japanisch

Ein Hindernis für die Reaktivierung der Atomkraftwerke ist der Wandel der öffentlichen Meinung. Zwar war die Atomkraft in beiden Wahlkämpfen kein entscheidendes Thema – die DPJ, LDP, Komeito und das neue konservative

Bündnis Ishin no Kai haben die Atomkraft nicht zum Kernthema gemacht. Trotzdem bleiben laut Meinungsumfragen bis zu 70 Prozent der Japaner kritisch gegenüber der Atomkraft und fordern weiterhin einen langsamen Ausstieg. Dies hat dazu geführt, dass die LDP zögert, eine klare Linie in der Atomkraftpolitik einzunehmen. Weiterhin sorgte die Kritik des ehemaligen japanischen Premiers, Jun'ichirō Koizumi, an der derzeitigen Atompolitik Japans für Aufsehen. Der angesehene LDP-Politiker nannte Abes Plan, die Reaktoren wieder hochzufahren, im November 2013 „unverantwortlich“ und wies darüber hinaus auf den in der Atomfrage zerstrittenen Zustand der Regierungspartei hin. Der öffentliche Widerstand Koizumis könnte somit zu einem weiteren Stolperstein für Abes derzeitigen Kurs werden.

Eine weitere Hürde für eine Wiederinbetriebnahme der Atomkraftwerke ist der Widerstand in einigen der Atomkraftstandorte. Die Gemeinden und Präfekturen haben zwar keinen rechtlichen Anspruch auf Mitsprache bei der Wiederinbetriebnahme, allerdings gibt es seit den 1990er Jahren die informelle Regel, dass ohne das Einverständnis der Standorte keine Reaktoren betrieben werden. Der Gouverneur von Niigata – Standort des größten Anlagenkomplexes weltweit – hat gegenüber dem Betreiber TEPCO sein Misstrauen öffentlich zum Ausdruck gebracht und sich vorerst geweigert, eine Wiederinbetriebnahme zu beantragen. In anderen Präfekturen, wie zum Beispiel Fukui in Nordwestjapan, entbrennt ein Streit zwischen der Allianz aus Energieunternehmen und lokalen Behörden auf der einen Seite und der neugeschaffenen Kontrollbehörde (Nuclear Regulation Authority, NRA) auf der anderen Seite.

Der mit weitgehenden Befugnissen ausgestattete Regulierungsausschuss scheint es mit der Kontrolle ernst zu meinen und ist bestrebt, strengere Vorschriften für Erdbbensicherheit durchzusetzen und einige Reaktoren stillzulegen. Die Kontrollbehörde sieht sich zwar einiger Kritik durch Atomenergiekonzerne und deren Verbündete ausgesetzt, ist jedoch durch ihre Struktur relativ gut von politischer Einflussnahme abgeschirmt. Auf der anderen Seite kritisieren die Atomkraftbefürworter die langsamen und strengen Prozeduren zur Wiederinbetriebnahme der Reaktoren. Da viele der existierenden Reaktoren alt sind, würde sich die Prüfung einer Wiederinbetriebnahme, welche mit finanziellen Risiken wie möglichen Nachbesserungen zum Schutz vor Erdbeben und Tsunamis verbunden ist, nicht lohnen. Eine Reduktion der Atomkraft in Japan ließe sich demnach nur durch Aufweichen der neuen Standards oder durch Neubauten verhindern. Neubauten wären bei der gegenwärtigen öffentlichen Meinung wiederum ein gewagter Schritt für jeden Politiker, ganz abgesehen von dem finanziellen Aufwand.

Flucht in den Export

Hinzu kommt, dass die Atomenergie wegen ihres enormen Imageverlusts nach Fukushima ein Nachwuchsproblem hat. Die Bewerberzahl für Studiengänge im Atomkraftbereich liegt unter den Zahlen der Studienplätze. Es heißt, dass Atomkrafttechniker den Exodus nach Südkorea wählen, wo der Bau von Atomkraftwerken weiter vorangetrieben wird und die Zukunft der

Atomkraft sicherer erscheint. Premierminister Abe sitzt die Probleme aus und versucht derweil, den Export der japanischen Atomindustrie zu forcieren. So laufen aktuell Verhandlungen mit Vietnam und Jordanien über den möglichen Bau von Kraftwerken. Andere Länder sollen folgen. Ob die Verkäufe wirklich zustande kommen, ist nach derzeitigem Stand nicht sicher. 2012 hatte in Litauen eine Volksabstimmung den Bau eines Atomkraftwerks durch Hitachi-General Electric unwahrscheinlich gemacht. Es bleibt abzuwarten, ob der 2010 verkündete Plan, Japans Atomkrafttechnologie in den Schwellenländern zu vermarkten, nach Fukushima noch Früchte trägt.

Revolutionäre Änderungen sind in Japan kaum zu erwarten. Voraussichtlich wird Ende 2013 in der neuen Energiestrategie eine Festlegung auf den Erhalt der Atomkraft stattfinden. Auch weil die großen Anlagenbauer Hitachi, Mitsubishi Heavy Industries und Toshiba inzwischen mit den großen amerikanischen GE und Westinghouse verbunden sind und dies von amerikanischen wie japanischen Wirtschafts- und Sicherheitskreisen als wichtiges Element der amerikanisch-japanischen Partnerschaft angesehen wird. Auf der anderen Seite ist der innenpolitische Konsens zur Atomkraftpolitik durch Fukushima zerbrochen. Eine Wiederherstellung wird lange dauern und ist mit vielen Grabenkämpfen verbunden. Eine zu erwartende Liberalisierung des Strommarktes birgt für die Atomwirtschaft weitere Risiken. Zwar werden wohl nächstes Jahr die ersten Reaktoren wieder in Betrieb gehen – zu einer schnellen Renaissance der Atomkraft wird es in Japan allerdings nicht kommen.

Praxis



Tobias Weiss ist Doktorand am Universitären Forschungsschwerpunkt Asien und Europa (UFSP) der Universität Zürich. Tobias Weiss studierte Japanologie, Sinologie und Betriebswirtschaft in Hamburg und forscht über Medien und Politik in Japan.